

Was Demokratien wirklich stärkt

Vortrag von Jörg Sommer
im Rahmen der Online-Veranstaltung
„Die Demokratie retten durch mehr Mitbestimmung“
am 13.03.2025

Wenn die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit eins gezeigt haben, dann dies: Die Demokratie erneuert sich nicht von selbst, es gibt sie auch nicht umsonst – und sie ist weitaus fragiler, als wir das immer dachten und hofften. Ihr Stress hat viele Gründe, ihre Feinde kommen von innen und von außen.

Zahlreiche Studien sind in den vergangenen Monaten erschienen, weitere in Vorbereitung. Sie beschreiben die Symptome. Sie dokumentieren soziale und politische Spaltungsprozesse. Selten geben sie Antworten auf die Frage, wie die Erosion der Demokratie gestoppt werden kann. Und das hat viele Gründe.

Der Hauptgrund hat eine unangenehme Komponente: Die Erosion der Demokratie ist ein komplexer, lange andauernder Prozess mit unterschiedlichen Pfaden aber ähnlichem Trend in vielen Ländern. Daraus folgt, dass es keine schnelle „Lösung“ geben kann.

Demokratie hat viel mit Vertrauen zu tun. Und von Vertrauen wissen wir: Es aufzubauen, dauert lange. Es zu zerstören dagegen nicht. Es gibt keinen vernünftigen Grund, anzunehmen, dass die Stärkung der Demokratie im Schnellverfahren gelingen könnte. Entsprechend mühsam arbeiten sich einschlägige Akteure an Therapievorschlägen ab. Insbesondere die beeindruckend hohe Zahl an populärwissenschaftlichen Sachbüchern mit knackigen Titeln liefert hier wenig.

Sie heißen „Retten wir unsere Demokratie!“, „Erste Hilfe für Demokratie-Retter“ oder „Demokratie neu denken“. Und sie enthalten viele wahre Sätze. Ihre „Rettungsstrategien“ sind dagegen erstaunlich dünn.

Das Problem setzt sich fort. Auch in Werken hoch seriöser Autorinnen und Autoren. Der Soziologe Steffen Mau bietet zum Beispiel in seinem lesenswerten Bestseller „Ungleich vereint“ eine präzise Analyse der Disparitäten in der ost- und westdeutschen Gesellschaft. Am Ende aber bleibt er erstaunlich naiv in der monotherapeutischen Handlungsempfehlung: „Mehr Bürgerräte“.

Manche immer wieder zitierten Studien schaffen es nicht einmal unfallfrei bis zum Ratgeberteil. Weil sie schon in der Methodik erratische Volten schlagen. So kommt die von der Friedrich-Ebert-Stiftung beauftragte Studie „Vertrauen in die Demokratie in Krisenzeiten“ zu dem Schluss: „Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ist trotz vielfältiger Krisen stabil“. Die Autor*innen weisen immerhin selbst darauf hin, dass diese Stabilität die Stabilität einer Minderheit sei. Das wirkliche Problem der Studie liegt aber in einem anderen Bereich. Sie diskutiert ausgiebig „Vertrauen in die Demokratie“, fragte aber in den über 2.500 Interviews gar nicht danach. Ermittelt wurden Vertrauen in andere Menschen, in Institutionen und in Akteursgruppen. In Bezug auf die Demokratie wurde nicht das Vertrauen, sondern die Zufriedenheit ermittelt.

Das ist keine soziologische Haarspalterei. Denn Zufriedenheit und Vertrauen sind zwei unterschiedliche Dinge. Ganz besonders in Bezug auf die Demokratie. Da gibt es eine Reihe von potentiellen Missverständnissen, welche die Qualität von Diagnosen ebenso ruinieren können, wie die Qualität von Therapien. Weder Qualität noch Stabilität von Demokratie können durch den Grad der Zufriedenheit

gemessen werden. Oft ist es genau die Unzufriedenheit mit Prozessen, Institutionen oder Ergebnissen, die zu demokratischem Engagement führen.

Ähnlich missverstanden wird häufig die Rolle von Vertrauen. Vertrauen ist keine Voraussetzung für Demokratie. Tatsächlich dienen demokratische Prozesse vor allem der gesellschaftsstabilisierenden Organisation von Misstrauen. Die meisten Regeln, Gesetze und Paragraphen sind von Misstrauen geprägt. Selbst Wahlen sind vor allem ein Format des Misstrauensmanagements. Das Konzept von Vertrauen als Basis stabiler Gesellschaften war nie „Demokratie“, sondern „Guter König“. Auch aristokratische Herrschaftsformen oder die immer mal wieder diskutierte „Expertokratie“ brauchen Vertrauen als Grundlage.

Die Rolle von Vertrauen in der Demokratie ist eine andere. Misstrauen in Regierende, in Parteien, in Institutionen, in Lobbyverbände ist in einer Demokratie elementar und ein Zeichen von Stärke. Es geht um ein anderes Vertrauen, das Demokratie benötigt: Um das Grundvertrauen in das Design der Demokratie an sich, um die Zuversicht, dass widerstreitende Interessen langfristig ausbalanciert werden können.

Um das Vertrauen an sich geht es. Aber eben auch um das Vertrauen in sich. Um das Vertrauen in die eigene Selbstwirksamkeit als relevanter Teil der demokratischen Gesellschaft. Dieses Vertrauen ist es letztlich, welches das Funktionieren von Demokratie überhaupt ermöglicht. Und dieses Vertrauen wird nicht oder kaum durch seltene Wahlteilnahmen, durch Parteiprogramme oder -plakate, durch seriöse oder populistische Medienberichterstattung, durch asoziale Medien oder Meinungsumfragen aufgebaut. Der einzige Weg dazu ist die regelmäßige Erfahrung politischer Wirksamkeit. In der Kommune, in der Schule, am Arbeitsplatz, im Verein. Genau darum ist echte, wirksame Teilhabe, im Idealfall dialogisch organisiert, das zentrale Element zur Stärkung der Demokratie.

Die gute Nachricht lautet also: Es gibt das universelle Allheilmittel. Die herausfordernde Nachricht lautet: Wir brauchen davon eine gegenüber heute vieltausendfach erhöhte Dosis. Und das über einen langen Zeitraum. Mit einem Bürgerrat des Bundestags pro Wahlperiode kommen wir da nicht ganz hin. Auch nicht mit 20. Oder 200. Am Ende sind es die konkreten Demokratieerfahrungen der Vielen vor Ort, die zählen. Genau jene Demokratieerfahrungen, die es aktuell noch viel zu selten gibt. Die Antwort auf die Frage „Wir retten wir die Demokratie“ ist also weder einfach, noch schnell, aber dafür klar: Demokratie muss erlebt werden. Sonst stirbt sie.

Wir müssen das Konzept von Demokratie deshalb deutlich umfassender denken, als es viele Menschen, auch und gerade in der Politik, tun. Unsere Demokratie kann weitaus mehr, als wir ihr zutrauen und uns zumuten wollen. Demokratie beruht auf freien Wahlen. Aber Demokratie ist keine Wahltechnik, auch keine Herrschaftsform. Demokratie ist ein Modell des Zusammenlebens von Menschen mit ganz unterschiedlichen Erfahrungen, Sichtweisen und Interessen. Wer Demokratie auf Wahlen reduziert, macht sie schwach. Und damit anfällig.

Wer sie so versteht, sieht tatsächlich wenig Handlungsmöglichkeiten. Das Einzige, was bleibt, ist die „Gegner“ zu identifizieren – und zu bekämpfen. Doch wer sich bei

der Stärkung der Demokratie auf deren Gegner fokussiert, der gerät schnell in die Defensive. Demokratie zu stärken, indem man deren Gegner lokalisiert und „bekämpft“, ist verlockend und verführerisch. Aber ist es auch wirksam?

Was bringt es uns, wenn wir die „größte Gefahr“ lokalisieren?

Wollen wir die entsprechende Akteursgruppe politisch eliminieren? Ihr demokratische Mitwirkungsrechte absprechen? Sie umerziehen? Wo führt dieser Ansatz hin? Immer wieder erleben wir auf einschlägigen Panels ob im Fernsehen oder Vereinsheimen dieselben Debatten: Demokraten denken darüber nach, wie man Demokratie stärkt, indem man bestimmte Gruppen bekämpft – oft indem man ihre demokratischen Rechte beschneidet. Genau das ist der Denkfehler. Die größte Gefahr für die Demokratie ist – zu wenig Demokratie.

Kann es sein, dass viele Menschen vor allem deshalb mit der Demokratie nichts anfangen können, weil wir ihnen keine anbieten? Das würde bedeuten, viele der wahrgenommenen Gefahren sind gar keine Gefahren, sondern Gelegenheiten. Oder Herausforderungen. Oder Impulse zur Reflektion. Vor allem zu der Reflektion darüber, was eigentlich Demokratie ist, was sie ausmacht, was sie attraktiv macht und was Menschen zu Demokraten macht oder eben nicht.

Wir definieren Demokratie als Menschenrecht. Das heißt aber nicht, dass sie allen Menschen angeboren ist. Wir dürfen nicht dem Glauben erliegen, Menschen würden als Demokraten geboren, und alle, die dann irgendwann keine mehr sind, wären irgendwie dysfunktional. Demokratie ist eine Einstellung und eine Kulturtechnik. Beides ist keine Frage der Gene, sondern der kulturellen Aneignung. Manche würden es Bildung nennen, andere Training. Wie aber auch immer: Demokratie braucht vor allem eines: Demokraten.

Und die entstehen nicht von alleine, nicht verlässlich, nicht automatisch, aber auch nicht zufällig. Demokrat wird man nicht, weil man die Funktion des Bundestages und das deutsche Wahlrecht in der Schulklausur unfallfrei beschreiben kann. Sondern, indem man sie erlebt. Ihr Wesen. Und das lautet: Ich bin kein Untertan, sondern ein Mensch, der ganz wesentlich über sein eigenes Leben als Teil einer sozialen Gruppe bestimmen kann.

Wir wissen heute sehr genau, dass frühe Selbstwirksamkeitserfahrung oft lebenslange demokratische Wirksamkeit triggert. Die Quote ehemaliger Schülersprecher unter deutschen Parlamentariern und Bürgermeistern, aber auch unter Vereinsvorsitzenden ist sensationell.

Erfahre ich Selbstwirksamkeit, erhöht dies tatsächlich meine Bereitschaft, mich auch in anderen Zusammenhängen auf Diskurse, Dialoge und demokratische Prozesse einzulassen. Lasse ich mich darauf ein, steigere ich meine Diskurskompetenz. Und die ist eben nicht nur Rhetorik, sondern auch Zuhören können, Eingehen auf die Interessen anderer, Wertschätzung auszudrücken und mit Kritik umzugehen. Erst diese Diskurskompetenzen ermöglichen mir, auch eine der wesentlichen Kompetenzen in einer Demokratie zu entwickeln: Verlieren zu können. Es auszuhalten, wenn ich nicht in der Mehrheit bin. Ergebnisse zu akzeptieren, die mir

nicht gefallen – und demokratische Wege zu bestreiten, um weiter für meine Ziele einzutreten.

Je besser ich das beherrsche, je ausgeprägter meine Demokratiekompetenz, desto größer ist eine Chance auf weitere Selbstwirksamkeitserfahrung. Für mich, aber auch für Menschen in meinem Umfeld. Betrachten wir diese demokratische Spirale, sehen wir eine Menge Herausforderungen – aber auch Chancen, um positive Impulse zu setzen.

Demokratie hat keinen on/off-Schalter. Und schon gar keine Frequenz, in der wir vier Jahre lang in demokratiefreien Schulen, Universitäten, Firmen vor uns hinvegetieren, dann plötzlich aufwachen, eine demokratisch bewusste Wahlentscheidung fällen um weitere vier Jahre erstaunt und frustriert zu beobachten, was „die Politik“ aus unseren Wählerstimmen macht.

Demokratie stärken heißt Demokratie praktizieren. Das heißt auch: Streiten lernen. Unterschiedliche Interessen akzeptieren und gemeinsam versuchen, diese Interessen auszubalancieren. Das ist arbeitssam, langsam, mühsam. Aber alternativlos.

Wir wissen, dass Demokratien immer Gegner haben. Doch diese Gegner können nur dann erfolgreich sein, wenn zu viele Menschen die Demokratie zu unwichtig wird. Weil sie mit ihr und in ihr nichts anfangen können.

Wir kommen zum Fazit: Die größte Gefahr für die Demokratie ist nur eine – wenn es zu wenig davon gibt. Das heißt auch: Wenn Menschen mit Demokratie wenig anfangen können, sollten wir darüber nachdenken, wie wir ihnen mehr davon anbieten können, statt weniger. Viel mehr. Viel öfter. Nicht viel einfacher.

Aber viel wirksamer.

Jörg Sommer (*1963) ist Politikwissenschaftler und Soziologie, er beschäftigt sich seit über 30 Jahren mit Fragen des gesellschaftlichen Engagements und Zusammenhaltes. So gibt er unter anderem das in zweijährigem Rhythmus erscheinende „KURSBUCH BÜRGERBETEILIGUNG“ heraus. Er ist Direktor des Berlin Institut für Partizipation und in dieser Eigenschaft auch als Gutachter und Berater für Parlamente, Ministerien, Stiftungen und Verbände tätig. Außerdem wirkt er als Koordinator der Allianz Vielfältige Demokratie, in der über 220 Expert*innen aus Bundesministerien, allen Landesregierungen, internationalen Organisationen, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft an der Entwicklung und Erprobung neuer Formen zivilgesellschaftlichen Engagements und Bürgerbeteiligung arbeiten. 2023 wurde er zum Vorsitzenden des Fachverbands Bürgerbeteiligung gewählt.

Kontakt

Jörg Sommer
Direktor

Berlin Institut für Partizipation
Haus der Demokratie
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

T 030 120 826 110
M kontakt@bipar.de